

Januar 2010



## Die Schwellenländer Ostasiens und der G-20-Prozess

Norbert von Hofmann\* für die FES Indonesien, Januar 2010

- Die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) wird vermutlich das entscheidende Forum für Fragen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
- Drei ostasiatische Schwellenländer - die VR China, Südkorea und Indonesien - sind Mitglieder in der G-20. Sie begrüßen einhellig die Aufwertung der G-20 zu einem Weltwirtschaftsgipfel.
- Verglichen mit der G-8 ist die G-20 in ihrer Zusammensetzung aus Industrie- und Entwicklungsländern wesentlich repräsentativer, dennoch stellt sich die Frage nach der Legitimität.
- Schwellenländer haben in der G-20 die Möglichkeit, ihre Positionen auf einem Forum gleichberechtigter Partner vorzutragen. Im Gegenzug müssen sie eine gemeinsame Verantwortung für die Lösung globaler Probleme akzeptieren.
- Während die Themen der Schwellenländer eher langfristig orientiert sind, sind die Industrieländer stärker an der kurzfristigen Lösung akuter Probleme interessiert, woraus sich die Frage ergibt, inwieweit die G-20 eine Zukunft hat.
- Wenn die G-20 über die Finanzkrise hinaus Bestand haben soll, müssen die Schwellenländer bereit sein, über spezifische Süd-Süd-Koalitionen hinaus auch Nord-Süd-Koalitionen einzugehen.

### Vorgeschichte

Der Ursprung der *Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer* (G-20) liegt in einem Kamingsgespräch auf Schloss Rambouillet in der Nähe von Paris, wo sich 1975 die sechs Staats- und Regierungschefs aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und den USA trafen. Ein Jahr später wurde auch Kanada in diesen „Club“ aufgenommen und es entstand die G-7. Das jährliche Treffen war als ein informelles Forum gedacht, auf dem in kleinem Kreise über Finanz- und Währungsfragen diskutiert werden konnte. Im Laufe der Jahre schoben sich jedoch immer stärker außen- und außenwirtschaftspolitische Themen in den Vordergrund. Fragen der Weltpolitik sollten in gemeinsamer Verantwortung und im Konsens erörtert werden. 1998 wurde die G-7 um Russland erweitert (Vollmitglied seit 2002) und es entstand die G-8.

Zum G-8-Gipfel 2005 in Gleneagles / Großbritannien wurden auf Wunsch der Europäer erst-

mals auch die Staats- und Regierungschefs der fünf wichtigsten Schwellenländer (Brasilien, Indien, China, Mexiko und Südafrika) eingeladen. Man versprach sich von der G-8+5 eine breitere demokratischere Legitimation des Gipfels sowie eine effektivere Zusammenarbeit bei globalen Themen, wie zum Beispiel dem Klimaschutz. Fragen zur globalen Klimaveränderung standen erstmals ganz oben auf der Tagesordnung. Beim G-8 Gipfel 2007 in Heiligendamm wurde dann ein zweijähriger Dialogprozess zu den Themen Investitionsbedingungen, Innovationen / Schutz geistigen Eigentums, Energieeffizienz und Entwicklungszusammenarbeit mit den genannten fünf Schwellenländern vereinbart.

### Die Gruppe der Zwanzig

Im Gegensatz zur G-8 oder G-8+5 handelte es sich bei der 1999 gegründeten G-20 zumindest anfangs nicht um ein Gipfeltreffen, sondern um einen informellen Zusammenschluss aus 19 Staaten und der Europäischen Union (EU), der als ein Forum für Finanzminister und Zentral-

bankchefs zur engeren Kooperation und Konsultation in Fragen des internationalen Finanzsystems dienen sollte. Dazu wurde die bestehende G-8 um Australien und die EU sowie um die zehn Schwellenländer Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Saudi Arabien, Südafrika, Südkorea und die Türkei erweitert.

Aus Sicht der Industrieländer hatte sich die wirtschaftliche und politische Situation in den Schwellenländern bis zu diesem Zeitpunkt deutlich verändert. Sie galten nicht mehr als potentielle Problemfälle, sondern zunehmend als Wachstumszentren der Weltwirtschaft. Dank gestiegener Rohstoffpreise und beschleunigter Globalisierung hatten vor allem die großen Schwellenländer in relativ kurzer Zeit auch politisch ein höheres internationales Gewicht erhalten. Dies machte die G-20 zu einem wichtigen Forum, in dem neben Finanzfragen auch Themen wie Klimawandel und Armutsbekämpfung diskutiert werden konnten.

Die in der Gruppe vertretenen Staaten umfassen zwei Drittel der Weltbevölkerung, erwirtschaften rund 90 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes (BIP) und bestreiten 80 Prozent des Welthandels. Mit Ausnahme der Schweiz und des Iran sind damit die 32 größten Volkswirtschaften der Welt in die G-20 eingebunden, elf von ihnen indirekt durch die Europäische Union.

Die Gründung der G-20 geht auf eine Empfehlung der G-7-Finanzminister in ihrem Bericht zur Stärkung der internationalen Finanzarchitektur während des Wirtschaftsgipfels in Köln im Juni 1999 zurück und war vor allem eine Reaktion auf die asiatische Finanz- und Wirtschaftskrise Ende der 90er Jahre. Das erste Treffen fand im Dezember 1999 in Berlin statt.

Die Erweiterung der G-8 zur G-20 hatte aber sicherlich ebenso mit der wachsenden Unzufriedenheit vor allem in den Zivilgesellschaften sowohl der G-8-Staaten also auch der Entwicklungsländern zu tun. Die Auswahl der Mitglieder der G-20 sollte die verschiedenen Weltregionen und Zivilisationen reflektieren und eine Balance zwischen den industrialisierten und aufstrebenden Staaten unter den Entwicklungsländern herstellen.

Um sicher zu gehen, dass alle globalen Foren und Institutionen zusammenarbeiten, werden jeweils der Direktor des Weltwährungsfonds (IWF) und der Präsident der Weltbank ex officio zu den G-20-Treffen hinzugeladen. Darüber hinaus zieht die G-20 von Fall zu Fall weitere Länder, wie zum Beispiel Spanien und die Niederlande als fünft- und sechstgrößte Wirtschaftsmächte Europas, oder regionale Organisationen, wie zum Beispiel NEPAD (*New Partnership for Africa's Development*) oder ASEAN (*Association of Southeast Asian Nations*), aber auch privatwirtschaftliche oder Nicht-Regierungsorganisationen hinzu, um Synergieeffekte zu nutzen und Überschneidungen zu vermeiden.

Angesichts der internationalen Finanzkrise, beginnend mit dem Jahr 2007, luden im November 2008 die USA erstmals zu einem Treffen der G-20 auf der Ebene von Staats- und Regierungschefs nach Washington ein. Bei diesem so genannten Weltfinanzgipfel wurde ein Fahrplan erstellt, um die bei der Krise deutlich gewordenen Schwächen des Weltfinanzsystems möglichst rasch mit geeigneten Reformen zu beseitigen und die Folgen für die Realwirtschaft einzudämmen.

Im April 2009 fand in London der zweite Gipfel der G-20 statt, zu dem auch Äthiopien (als Vertreter der NEPAD) und Thailand (als Vertreter der ASEAN) geladen waren. Auf diesem Gipfel wurden die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Krise überprüft und weitere Schritte vereinbart.

Zum dritten Gipfeltreffen der G-20 trafen sich die Staats- und Regierungschefs im September 2009 in Pittsburgh / USA. Während der Fokus der Gipfeltreffen in Washington und London auf der Verhinderung weiterer wirtschaftlicher Katastrophen lag, ging das Treffen in Pittsburgh darüber hinaus, und man diskutierte Maßnahmen zur Sicherung des wirtschaftlichen Aufschwungs und dessen Umwandlung in ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wirtschaftswachstum.

Vor allem aber beschlossen die Staats- und Regierungschefs, die G-20 zum entscheidenden Forum der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zu einer Art Weltwirtschaftsre-

gierung, aufzuwerten. Die G-20 wird demnach die bisherigen G-8 weitestgehend ablösen.

Die Schwellenländer Ostasiens begrüßten einhellig die Abkehr von der G-8 und die Erweiterung zur G-20 als eine richtungsweisende Veränderung, durch die zukünftig ein weitaus größerer Teil der Weltbevölkerung mit am Verhandlungstisch sitzen kann, wenn internationale Wirtschafts- und Finanzfragen erörtert werden.

### **Die VR China und der G-20-Prozess**

China hatte bereits 2003 und 2004 als Beobachter an den G-7-Treffen teilgenommen, doch 2005 eine Teilnahme am Gipfel der Finanzminister der sieben führenden Industrienationen abgelehnt. Gemessen an der Höhe des BIP hätte China schon damals ein Platz im Kreise der G-7 zugestanden, da seine Wirtschaftskraft inzwischen die von Kanada überholt hatte. Doch gaben sich die Chinesen zumindest nach außen hin desinteressiert. Offizielles Argument war, dass das Land auf Grund seines noch immer geringen Pro-Kopf-Einkommens und der hohen regionalen Ungleichheiten nach wie vor als ein Entwicklungsland zu gelten hat. Ein weiterer Grund war sicherlich, dass bei den vergangenen beiden G-7-Treffen China jeweils mit der Forderung nach ‚flexiblen Wechselkursen in allen wichtigen Wirtschaftsregionen‘ konfrontiert wurde - ein Thema, das noch heute aktuell ist.

Entsprechend seiner Vorstellung von einer multipolaren Weltordnung, sieht China in der Aufwertung der G-20 zu einem Gipfel der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt auch eine Machtverschiebung von West nach Ost und damit ein besser ausbalanciertes Verhältnis in einem Dreieck aus den USA, Europa und Asien.

Verglichen mit der G-7 entspricht die G-20 in ihrer Zusammensetzung aus Industrie- und Entwicklungsländern viel stärker den Erwartungen Chinas hinsichtlich einer repräsentativen und umfassenden Weltwirtschaftsregierung. Die Mitgliedschaft ist nicht die von Gleichgesinnten, sondern schließt Länder in unterschiedlichen Entwicklungsstadien ein. Jedes Mitglied hat eigene Interessen und eine eigene Agenda. Die Einbindung von Schwellenländern in die internationale Wirtschaftspolitik wird von China als ein historischer Prozess gesehen, der diesen Ländern

die Möglichkeit gibt, ihre Positionen und Forderungen auf einem hochrangigen Forum gleichberechtigter Partner vorzutragen. China beabsichtigt, den Aufbau und den Einfluss der G-20 bei der Reform der Weltordnungspolitik tatkräftig zu unterstützen. Doch möchte China keinesfalls die G-20 in eine supranationale Organisation umgewandelt sehen, welche die Internationalen Finanzinstitutionen oder gar die Vereinten Nationen (UN) ablösen könnte.

Als aktives Mitglied der G-20 will sich China maßgeblich in die zukünftige Gestaltung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems einbringen. Unter anderem war China an der in London beschlossenen Aufstockung der Quoten des IWF maßgeblich beteiligt. China ist auch bereit, innerhalb der G-20 eine Art Vertretung für andere Entwicklungsländer zu übernehmen und bei der Koordinierung der Schwellenländer vor den jeweiligen G-20-Treffen mitzuarbeiten. Ebenso beabsichtigt China, zu einer Verbesserung der regionalen asiatischen Zusammenarbeit beizutragen, um damit auch Asiens Einfluss in der G-20 zu stärken.

### **Südkorea und der G-20-Prozess**

Die Stärkung des asiatischen Einflusses steht auch auf der Agenda Südkoreas, das im kommenden Jahr den G-20-Vorsitz übernehmen und im November 2010 das übernächste Gipfeltreffen ausrichten wird. Südkorea zählt gemeinsam mit Großbritannien und Brasilien in den Jahren 2009 bis 2011 zur so genannten Management-Troika der G-20.

Insbesondere will man im Vorfeld des Gipfels die asiatischen Nicht-Mitglieder konsultieren, um den Repräsentationsgrad der G-20 zu erhöhen. Südkorea als ein Land mit langjährigen Erfahrungen im Übergang von einem Entwicklungsland zu einer mittleren Industriemacht, sieht seine Rolle als eine Brücke und als ein Vermittler zwischen den Industrie- und den Schwellenländern; aber auch als ein Modell, denn in nur 50 Jahren hat man sich von einem der ärmsten Agrarstaaten der Welt zu einem entwickelten Land gewandelt.

Die Idee der Brückenfunktion ist für Südkorea keineswegs neu. Bereits die vorherige Regierung versuchte sich angesichts der sicherheitspoliti-

schen Lage auf der koreanischen Halbinsel als ein Mittler zwischen den in der Region aktiven Großmächten. Doch sind dabei einem kleinen, abhängigen Land wie Südkorea enge Grenzen gesetzt und das gilt natürlich erst recht für die globale Agenda der G-20.

Auf dem Pittsburgh-Gipfel hatte sich Asiens viertgrößte Volkswirtschaft vor allem als Befürworter von Freihandel und Arbeitsmarktliberalisierung präsentiert, aber sich auch aktiv für die Überwachung und Umsetzung der in Washington und London vereinbarten Beschlüsse eingesetzt. So vermittelte Südkorea unter anderem zwischen der Notwendigkeit langfristig orientierter makroökonomischer Politik und kurzfristig erforderlichen Regelungen zur Lösung der Finanzmarktkrise. Dazu gehörten Fragen wie zum Beispiel die Koordination von Konjunkturprogrammen, die Verhinderung eines zunehmenden Protektionismus und die Unterstützung von Entwicklungsländern durch die Ausweitung der IWF-Mitteln. Südkorea selbst versprach, dem IWF weitere 10 Milliarden US-Dollarzukommen zu lassen.

### **Indonesien und der G-20-Prozess**

Auch der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono lobte die Entscheidung des Pittsburgh-Gipfels, den „Club“ der acht größten Volkswirtschaften in die G-20 einzubinden: „Indonesien erwartet, dass die G-20 eine permanente Institution wird und hält dies für eine positive Entwicklung, denn die G-7 oder G-8 beschränken sich ausschließlich auf industrialisierte Länder, die meisten von ihnen in Europa. Aus Asien wäre nur Japan dabei.“

In seiner Rede an der Harvard Universität unmittelbar nach dem Gipfeltreffen in Pittsburgh sagte Präsident Yudhoyono unter anderem: „Für mich ist die G-20 ein Ausdruck für die Veränderungen in der Weltpolitik. Die G-20 (...) ist nicht nur ein wirtschaftliches Machtgefüge – es ist auch ein zivilisatorisches Machtgefüge“ und er unterstrich damit Indonesiens Platz in der G-20, wenn auch nicht als ein wirtschaftliches, so doch als ein zivilisatorisches Schwergewicht. Schließlich ist Indonesien das größte islamisch geprägte Land der Welt.

Obwohl auch für Indonesien die Frage nach der Legitimität und der Vertretung anderer, nicht G-

20-Länder, noch nicht endgültig geklärt ist, sieht die indonesische Regierung die G-20 doch als das zur Zeit am besten geeignete und repräsentative Forum, um die Diskussion über international koordinierte Aktionen effizienter, effektiver und zeitgerechter voranzubringen und um seine politischen Vorstellungen auf einem Gipfeltreffen der wichtigsten Länder der Welt vorzutragen.

Dennoch muss der Grad der Inklusivität verbessert werden. Aus indonesischer Sicht sollte die G-20 ein Programm zur Zusammenarbeit mit anderen Volkswirtschaften, die nicht Mitglied der Gruppe sind, initiieren. Ein positives Beispiel ist der Beschluss der Staats- und Regierungschefs der zehn ASEAN-Mitgliedsstaaten auf ihrem Gipfeltreffen im Oktober 2009 in Thailand, eine Kontaktgruppe zu bilden, bestehend aus dem jeweiligen ASEAN-Mitgliedsstaat, welcher den Vorsitz inne hat, aus dem G-20-Mitglied Indonesien und aus dem ASEAN-Generalsekretär. Diese Kontaktgruppe soll vor den G-20 Treffen die unterschiedlichen Positionen der ASEAN-Mitgliedsstaaten koordinieren.

Indonesiens Mitgliedschaft in der G-20, noch dazu als einziges ASEAN-Mitglied, ist auch eine Bestätigung für die wachsende internationale Bedeutung des Landes. Indonesien hat auf den beiden letzten Gipfeln eine Reihe von wichtigen Initiativen eingebracht, so zum Beispiel in London zur Reform der Internationalen Finanzinstitutionen und deren Beitrag zur Unterstützung der Schwellenländer bei der Überwindung der Weltwirtschaftskrise. Indonesien hält gemeinsam mit Frankreich den Vorsitz in der G-20-Arbeitsgruppe 4 zur ‚Reform der Weltbank und anderer multilateraler Entwicklungsbanken‘.

Auch zur Klimapolitik ist Indonesien bereit, seinen Beitrag zu leisten. Auf dem Pittsburgh-Gipfel rief Präsident Yudhoyono den Teilnehmern zu: „Erlaubt nicht den Führern der wichtigsten Länder der Welt, die gleichzeitig die größten Treibhausgas-Verursacher sind, sich in Pittsburgh zu versammeln, ohne eine klare Aussage zum Klimawandel zu machen.“

Indonesien selbst ging mit gutem Beispiel voran und der Präsident verkündete einen nationalen Aktionsplan, dem zufolge Indonesiens Emissionen bis 2020 um 26% verringert werden sollen,

und er fügte hinzu, dass mit internationaler Hilfe sogar eine Reduzierung um 41 % möglich wäre. Diese Position vertrat Indonesien auch auf der UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen. Dem dort erarbeiteten *Copenhagen Accord* zufolge, sollen den armen Ländern - und dazu würde auch Indonesien zählen - für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Zeitraum 2010 bis 2012 bis zu 30 Milliarden US-Dollar und ab 2020 sogar 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zur Verfügung stehen.

### **Erste Ergebnisse**

Erfolge aus der Sicht ostasiatischer Schwellenländer sind durchaus zu verzeichnen: Die Rolle der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken bei der Bekämpfung von Armut wurde auf allen Gipfeltreffen der G-20 hervorgehoben. Der Internationale Währungsfonds wird reformiert, so dass die Schwellenländer zukünftig mehr Mitsprache haben. Mindestens 5% der Stimmrechte im IWF werden zugunsten der bislang unterrepräsentierten Schwellenländer verschoben. Mehr als 500 Milliarden US-Dollar für das erneuerte und erweiterte NAB-Programm (*New Arrangements to Borrow*) des IWF zugunsten der von der Weltfinanzkrise am stärksten betroffenen Länder wurden zugesagt. Des Weiteren einigten sich die Teilnehmer auf eine Stimmrechtsveränderung bei der Weltbank, sprich einer Umverteilung von mindestens 3 % für Entwicklungs- und Schwellenländer. Die Weltbank wurde aufgefordert, eine führende Rolle bei der Lösung globaler Probleme zu spielen, wie zum Beispiel bei Fragen des Klimaschutzes und der Nahrungsmittelsicherung. Die Weltbank und andere regionale Entwicklungsbanken sollen dazu ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Die G-20 beschloss, die IWF-Mittel um über 1 Billionen US-Dollar aufzustocken. Gut 850 Milliarden Dollar davon sollen für in die Krise geratene Entwicklungsländer zur Verfügung stehen. Eine Entscheidung, die auch als ein Zeichen für mehr finanzielle Großzügigkeit gegenüber denen gesehen werden kann, die in Pittsburgh nicht mit am Verhandlungstisch saßen.

Nicht ganz so erfreulich sind die Ergebnisse zum Thema Klimaschutz, die in Pittsburgh einen ernüchternden Zwischenstand aufzeigten. Zum einen ist vorläufig kaum mit einer baldigen Ver-

abschiedung eines US-Klimagesetzes zu rechnen, zum anderen waren auch die Schwellenländer, insbesondere China, nicht bereit, zusätzliche Mittel für den Klimaschutz im eigenen Lande bereitzustellen. Erste Anzeichen für ein mögliches Scheitern der bevorstehenden UN-Klimakonferenz wurden deutlich.

Auf dieser Konferenz in Kopenhagen gelang es dann weder eine völkerrechtlich verbindliche Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll zu verabschieden noch eine Selbstverpflichtung zur Halbierung des globalen Kohlendioxidausstoßes bis zum Jahre 2050 zu erreichen. Das zentrale Abschlussdokument, der *Copenhagen Accord*, ist ein Konsens von rund 30 Staaten, mehrheitlich Industrie- und Schwellenländer und basiert auf einem mühsam erlangtem Kompromiss zwischen der VR China und den USA. Die meisten Entwicklungsländer lehnten diesen Text jedoch ab. Unter anderen sprach der Vertreter Nicaraguas von einem Übernahmeveruch einer G-22, also der Gruppe führender Staaten, gegen die G-192, die Vereinten Nationen.

China und Indonesien begrüßten jedoch die Ergebnisse des Kopenhagener Gipfels. Beijings Außenminister sprach von einem neuen Anfang und Indonesiens Staatspräsident drückte seine Zufriedenheit über die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz aus.

### **Herausforderungen**

Die aufstrebenden Staaten Ostasiens und dies gilt natürlich auch für alle anderen Schwellenländer, stehen vor der Herausforderung, über ihre bisherige Rolle als ‚Außenstehende‘ und als ‚Vertreter des Südens‘ hinauszuwachsen. Sie müssen die gemeinsame Verantwortung für die Lösung globaler Probleme und die Schaffung effektiver weltpolitischer Institutionen akzeptieren. Das heißt, sie müssen über spezifische Süd-Süd-Koalitionen hinaus auch in der Lage sein, Nord-Süd-Koalitionen einzugehen. Dies gilt für die Reformen der Internationalen Finanzinstitutionen ebenso wie für den Abschluss der Doha-Runde.

Obwohl Entwicklungsländer auch in der Vergangenheit immer wieder zur globalen politischen Agenda beigetragen haben, blieben deren Auswirkungen allenfalls bescheiden. Einem

*Briefing Paper des Global Economic Governance Programme* zufolge, dienten die G-20-Treffen der Finanzminister und Zentralbankchefs in den Jahren 1999 bis 2007 in erster Linie dazu, Unterstützung für die Politik der G-7 zu mobilisieren. Nach wie vor ist Europa in der G-20 weit überrepräsentiert und andere Kontinente, wie zum Beispiel Afrika mit nur einem Mitglied (Südafrika), erheblich benachteiligt. Dies ist umso verwunderlicher, weil die G-8 sich seit langem der Entwicklung Afrikas verpflichtet fühlt.

Deshalb müssen die Schwellenländer darauf achten, dass die Agenda der G-20 nicht nur im Interesse der USA oder Europas liegt, sondern im Interesse der gesamten Welt. Wie schwierig dies ist und wie misstrauisch die G-20 von den Entwicklungsländern beobachtet wird, wurde in Kopenhagen deutlich. Wie schon bei der G-8 stellt sich auch bei der G-20 immer wieder die Frage nach der Legitimität.

Die G-20 hat das Potential für vielfältige, sich überschneidende und wechselnde Allianzen zwischen Schwellen- und Industrieländern. Nur auf der Basis solcher Nord-Süd-Allianzen können sich Chancen für Vertrauensbildung, wechselseitige Tauschgeschäfte und themenübergreifende Kompromisse entwickeln, die für eine Zukunft der G-20 unbedingt erforderlich sind. So wäre zum Beispiel in der Frage der Agrarhandelspolitik eine temporäre Koalition aus Argentinien, Australien, Brasilien und Kanada gegen die Ag-

rarschutzpolitik der Europäer, Japans und der USA denkbar. Oder im Zusammenhang mit der Energiepolitik könnte eine Koalition der Energie produzierenden Länder wie Indonesien, Mexiko, Russland und Saudi Arabien Fragen einer stabilen Energieversorgung und Nachfrage mit den Energieabnehmern wie China, Europa, Japan, Südafrika und den USA diskutieren.

Vor dem Pittsburgh-Gipfel gab es eine Reihe ambitionierter Vorschläge von Seiten Chinas oder auch Brasiliens zu Themen wie Armutsbekämpfung, Reform der Bretton-Woods-Institutionen und Protektionismus. Alle diese Themen sind mehr oder weniger langfristig angelegt. Im Gegensatz dazu schienen die Industrieländer mehr an der kurzfristigen Lösung akuter Probleme zur Überwindung der Finanzkrise interessiert, zum Beispiel durch die stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Auch diese zwei gegensätzlichen Gewichtungen auf kurz- bzw. langfristig angelegte Vorhaben werfen die Frage nach der Zukunft der G-20 auf, sobald die Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden ist.

Die Übernahme des G-20-Vorsitzes und des nächsten Gipfeltreffens durch Südkorea werden ein kritischer Test dafür sein, inwieweit die Schwellenländer in der Lage sind, ein derartiges Forum durchzuführen und am Leben zu erhalten. Für die Zukunft der G-20 hängt viel von der erfolgreichen Ausrichtung und Moderation des November-Gipfels 2010 ab.

---

\* Norbert von Hofmann ist unabhängiger Consultant zu Themen der Kooperation zwischen Südostasien und Europa. Zuvor war er Leiter des Büros für Regionale Zusammenarbeit in Südostasien der Friedrich-Ebert-Stiftung in Singapur.

Ansprechpartner:  
Daniel Reichart, Tel.: 030/26935-7450, E-Mail: [Daniel.Reichart@fes.de](mailto:Daniel.Reichart@fes.de) (verantwortlich)  
Ingo Schafhausen, Tel.: 030/26935-7451, E-Mail: [Ingo.Schafhausen@fes.de](mailto:Ingo.Schafhausen@fes.de)

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik  
Hiroshimastrasse 28, 10785 Berlin, Fax: 030/26935-9211

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: [www.fes.de/asien](http://www.fes.de/asien).